

Marion Reinhardt

GRÜNDUNGSGESCHICHTE DES INTERNATIONALEN BUNDES

THEMEN, AKTEURE, STRUKTUREN



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Gründungsgeschichte des Internationalen Bundes
Themen – Akteure – Strukturen

Marion Reinhardt

Gründungsgeschichte des Internationalen Bundes

Themen – Akteure – Strukturen



**WOCHEN
SCHAU
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Buch entstand mit freundlicher Unterstützung des Internationalen Bundes, Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit.

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2017

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Gesamtherstellung Wochenschau Verlag

Gedruckt auf chlorfreiem Papier
ISBN 978-3-7344-0415-3 (Buch)
ISBN 978-3-7344-0416-0 (E-Book)

Inhalt

	Einleitung	9
1	Die Vorgeschichte in der Besatzungszeit	15
	Hintergründe, Motive und Interessen der drei Initiatoren	20
	<i>Henri Humblot und die französische Jugendpolitik</i>	20
	<i>Die Integrationspolitik von Carlo Schmid</i>	25
	<i>Interesse und Rolle von Heinrich Hartmann</i>	30
	<i>Unterschiedliches und Gemeinsames der Initiatoren</i>	36
	Vor der Gründung	38
	<i>Die ersten Gespräche</i>	38
	<i>Internationale Begegnungen mit antinationalistischer Zielsetzung</i>	41
	<i>Die Zeitschrift „Teinach“ begleitet die Gründung des IB</i>	43
	<i>Schwalldorfer Kreis und Freiwilliger Hilfsdienst in Bad Teinach</i>	46
2	Die Gründung des „Internationalen Bundes für Kultur- und Sozialarbeit“	61
	Kultur- und Sozialarbeit verständigen sich	61
	Die Gründungsversammlung und ihre Ergebnisse	65
	<i>Der Verlauf der Gründungsversammlung</i>	65
	<i>Die erste Satzung</i>	70
	<i>Der erste Präsident</i>	75
	<i>Präsidium und Geschäftsführung</i>	76
	Zur Kommunikation in der medialen Öffentlichkeit	82
3	Die Anfänge in Württemberg-Hohenzollern	89
	Anfang und vorläufiges Ende der Kulturarbeit	90
	<i>Die Kulturarbeit beginnt mit viel Elan</i>	90
	<i>Vorläufiger Abschied von der Kulturarbeit</i>	92

Das Jugendsozialwerk beginnt mit seiner Arbeit	95
<i>Die ersten Einrichtungen im Überblick</i>	95
<i>Die ersten Mitarbeiter und die erste Mitarbeiterin</i>	96
<i>Zur Personalstrategie von Schmid, Humblot und dem ersten Präsidium</i>	100
<i>Das erste Einrichtungsformat: Jugendgemeinschaftswerke</i>	105
<i>„Heim um Heim entsteht“ – die Jugendwohnheime</i>	114
<i>Die erste Einrichtung für junge Frauen</i>	117

Mitbegründer der Jugendsozialarbeit	120
<i>Erste Zielgruppen</i>	120
<i>Konzeptionelle Merkmale der ersten Einrichtungen</i>	123
<i>Trägerübergreifendes Verständnis von Jugendsozialarbeit</i>	128
<i>Die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk</i>	131

4

Der Weg zum bundesweiten Träger 139

Neujustierung des Vereins	139
<i>Satzungsreform 1952</i>	139
<i>Zielgruppen, Mitarbeitende, Mitglieder</i>	141
<i>Vorstand und Geschäftsführung</i>	143
<i>Bundeskuratorium</i>	144
<i>Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz</i>	146

Entwicklungsschub durch die Jugendflucht aus der DDR	148
<i>Hohe Flüchtlingszahlen</i>	148
<i>IB-Personal auf Bundes- und auf Länderebene</i>	151
<i>Erste Aktivitäten in verschiedenen Bundesländern</i>	156
<i>Jugendgemeinschaftswerke – jetzt bundesweit</i>	159
<i>Jugendwohnheime gegen Wohnungsnot</i>	161
<i>Anfänge der Mädchensozialarbeit</i>	165
<i>Erste schulische und berufliche Qualifizierungen</i>	166
<i>Eingliederungshilfen für weitere Gruppen von Zuwanderern</i>	168
<i>Flüchtlinge und Entlassene aus der französischen Fremdenlegion</i>	169

Der IB im Wirtschaftswunder	171
<i>Bildung und Freizeitgestaltung für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</i>	171
<i>Ledigenwohnheime in industriellen Ballungsräumen</i>	174
<i>Betriebsgebundene Wohnheime für 25 000 Arbeitsmigranten</i>	175
<i>Erziehung, Bildung, Betreuung – der IB erweitert sein Portfolio</i>	181
<i>Das Ende der Gründungsära – das dritte Jahrzehnt beginnt</i>	188

5	Fazit und Ausblick	197
6	„Wir stellen uns unserer Geschichte ...“	202
	Fragen an die Präsidentin und den Vorstandsvorsitzenden des IB	
	Dank	208
	Quellen und Literatur	212
	Abkürzungen	217
	Personenverzeichnis	219
7	Expertisen	221
	<i>Benno Hafenegger: Hitlerjugend – Staatsjugend im Dritten Reich</i>	223
	<i>Jacqueline Plum: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949</i>	235
	<i>Benno Hafenegger: „Jugendnot“ – Ein Lagebild über die Nachkriegszeit und erste Hälfte der 1950er Jahre</i>	257
	<i>Kerstin von Lingen: Ein Experiment unter dem Schutz der Besatzungsmacht. Der Aufbau des „Jugendsozialwerks“ durch ehemalige HJ-Funktionäre in der französischen Besatzungszone, 1945–1949</i>	285
	<i>Reiner Becker: „Wir sind zu ganz wesentlichen Teilen das, was wir erinnern und vergessen“. Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in der Bundesrepublik</i>	309
8	Anhang	327
	Gremien und Mandatsträger/-innen im IB	327
	Kurzbiografien aus den Gründungsjahren	335
	Die Autorinnen und Autoren	352

*„ ... und nichts ist ganz und gar
und unwiderruflich wahr,
immer kann noch ein neuer Zeuge
hinzu treten.“*

Javier Marías

Einleitung

Auf Initiative seiner Pädagogischen Grundsatzkommission beschloss das Präsidium des Internationalen Bundes (IB) im Frühjahr 2014, die Geschichte des Verbandes untersuchen zu lassen; die Entwicklung des IB sollte dokumentiert, analysiert und vor dem Hintergrund der sozialgeschichtlichen Entwicklung Deutschlands interpretiert werden. Insbesondere die Vorbereitung und Gründung des IB 1949, seine verschiedenen inhaltlichen und fachpolitischen Entwicklungsphasen sowie seine Etablierung im Kontext der deutschen (Nachkriegs-) Geschichte standen dabei im Mittelpunkt des Interesses, verbunden mit dem Ziel, zu einem vertieften Verständnis der historischen Wurzeln und der weiteren Profilentwicklung des IB zu gelangen.

Der IB wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der französischen Besatzungszone initiiert und gegründet: Initiatoren waren so unterschiedliche Persönlichkeiten wie ein der Linken zugehöriger französischer Jugendoffizier, ein herausragender Sozialdemokrat und ein ehemaliger Funktionär der Hitlerjugend. Ge gründet wurde der IB im Jahre 1949 unter anderem von nahezu allen Mitgliedern der Landesregierung im damaligen Württemberg-Hohenzollern; mit seinem überparteilichen und überkonfessionellen Selbstverständnis war er mit seinem Beginn ein Unikat. Diese sehr spezifischen Gründungsumstände standen und stehen auch heute noch im Mittelpunkt des Interesses. Dies gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie sich fragen, „Woher kommt das Unternehmen, in dem ich arbeite?“, wie auch für die (fach)politische Öffentlichkeit, die sich für die Wurzeln, das Selbstverständnis und die politische Verortung des IB in der deutschen Trägerlandschaft interessiert.

Die Gründungsgeschichte und die Anfangsjahre des IB stehen im Zentrum dieser Publikation. Sie umfasst:

- den Beginn in Württemberg-Hohenzollern im Kontext der Jugendnot der unmittelbaren Nachkriegszeit,
- den Ausbau in weiteren Bundesländern in den 1950er und 1960er

Jahren vor allem mit den Integrationshilfen für junge Flüchtlinge und der Betreuung der ersten Arbeitsmigranten („Gastarbeiter“)

- sowie die zeitgleich beginnende Differenzierung der Leistungen in der Bildungs- und sozialen Arbeit in den 1960er Jahren.

Eine Reihe von Facetten der Entstehungsgeschichte des IB sind bereits bekannt: IB-intern wurden im Laufe der fast 70-jährigen Geschichte einzelne Sachverhalte und Entwicklungen in umfassenden Chroniken, in Berichten zur Geschichte einzelner regionaler Einheiten und Einrichtungen, in Porträts von einigen ersten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen oder auch in mündlichen und schriftlichen Beiträgen immer wieder angesprochen und dargestellt. Diese Darstellungen basierten allerdings fast ausschließlich auf internen Überlieferungen und autobiografischen Ausführungen und Hinweisen, vor allem von „Männern der ersten Stunde“. Manche Sachverhalte wurden immer wieder berichtet, manche nur angedeutet, bestimmte Erklärungsmuster und Interpretationen historischer Ereignisse wiederholten sich – mögliche Auslassungen in dieser Form der Überlieferung dürfen vermutet werden.

Die vorliegende Publikation will diese Tradition durchbrechen und auf Basis neuer, IB-interner wie auch externer Quellen die Gründungsgeschichte des IB analysieren. Hierzu wurden die Erfahrungen und Sichtweisen unterschiedlicher Zeitzeugen und die Expertise externer Fachleute einbezogen und das Material aus verschiedenen Archiven ausgewertet.

Zum methodischen Vorgehen

Die vorliegende Publikation wurde vor dem Hintergrund einer langjährigen Tätigkeit der Autorin im IB erarbeitet. Diese interne Perspektive ermöglichte das vorhandene Material unter Beachtung der relevanten Aspekte der verbandsinternen und der deutschen Nachkriegsgeschichte zu ordnen und neu zu bewerten, bisher unbekannte Quellen und Experten aufzuspüren und auszuwerten, die relevanten Fragestellungen zu formulieren und die Antworten entsprechend aufzunehmen und zu bewerten.

Um dieses Vorgehen zu ergänzen und der Gefahr von „Betriebsblindheit“ und Voreingenommenheit zu begegnen, verpflichtete der IB Prof. Benno Hafeneeger und Dr. Reiner Becker vom Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Marburg für die wissenschaftliche Beratung. Sie begleiteten und kommentierten den Prozess und gewährleisteten einen unabhängigen Blick auf die Auswertung und Interpretation des Materials.

Folgende Quellen wurden für die vorliegende Publikation untersucht und ausgewertet:

- Sechs Gespräche mit Zeitzeugen, die langjährig in den ersten Jahrzehnten in den Führungsgremien des IB tätig waren oder die Arbeit der ersten Einrichtungen als junger Flüchtling oder als Kinder eines Wohnheimleiters kennen gelernt hatten;
- Material aus dem Nachlass von Henri Humblot, das in seinem letzten Wohnort, in Guerchy/Frankreich archiviert ist;
- Material aus dem Nachlass von Heinrich Hartmann, archiviert in Oelsnitz im Erzgebirge sowie von Hartmann selber zusammengestelltes Material aus der Gründungszeit („Hartmann-Ordner“);
- Unterlagen aus dem Institut für Zeitgeschichte aus Berlin sowie aus verschiedenen Landesarchiven zu einzelnen Entnazifizierungsverfahren (Spruchkammerakten), um die Biografien der ersten Mitarbeiter auch anhand von Quellen über die NS-Zeit zu ergänzen;
- Unterlagen aus dem Stadtarchiv Tübingen und dem Stadtarchiv Reutlingen zur Gründung des IB;
- die 1989 vorgelegte Magisterarbeit über die „Geschichte und Leistungen, Strukturen und Perspektiven“ des IB von Stefan Zowislo und
- der 2010 veröffentlichten Beitrag von Kerstin von Lingen „... unsere Fahne ist die neue Zeit“? Kontinuitätslinien zwischen Hitlerjugend und „Jugendsozialwerk“ in der französischen Besatzungszone, 1945 – 1949, veröffentlicht im Jahrbuch für Historische Bildungsforschung/JHB 16 (2010), S. 241 – 265; eine Arbeit im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Kriegsfolgen“ der Universität Tübingen (siehe auch die Expertise hierzu in dieser Veröffentlichung);
- weiteres umfangreiches Material des IB, das im Hessischen

Hauptstaatsarchiv und in der Zentralen Geschäftsführung des IB gelagert wird, u. a. das Manuskript des Festvortrags von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Internationalen Bundes am 11.01.2009 in Tübingen.

Zur Gliederung des Bandes

Das Kapitel zur Vorgeschichte der Gründung des IB befasst sich mit den ersten Ideen und Zielsetzungen. Hierbei stehen zunächst die Motive und Interessen der drei Initiatoren, Henri Humblot, Carlo Schmid und Heinrich Hartmann im Mittelpunkt. Vor dem Hintergrund der Machtverhältnisse nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus und den daraus resultierenden unterschiedlichen Positionen der Initiatoren werden Abhängigkeitsverhältnisse und Entwicklungen der Zusammenarbeit analysiert. Die Wurzeln des IB, die internationalen Jugendbegegnungen, die große Jugendnot und das Interesse, ehemalige HJ-Führer in die deutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren, werden herausgearbeitet; die ersten Aktivitäten in diesem Kontext, so zum Beispiel der Aufbau eines Netzwerks ehemaliger HJ-Funktionäre, aus dem sich dann die ersten Mitarbeiter des IB rekrutieren sollten, werden analysiert.

Das zweite Kapitel geht auf die Gründung des IB selbst und auf die Gründungsväter ein, die aus der Kommunal- und Landespolitik Württemberg-Hohenzollerns, aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft kamen. Satzung, Präsidenschaft und erste Gremienbesetzungen verdeutlichen das sich herausbildende Selbstverständnis einer unabhängigen, überparteilichen und überkonfessionellen Organisation, mit internationalem, explizit antinationalistischem Selbstverständnis.

Im dritten Kapitel wird mit den Anfängen des IB in Württemberg-Hohenzollern die Entwicklung der fachlich-inhaltlichen Arbeit und ihre personelle Umsetzung dokumentiert. Welche Akteure prägten politisch und praktisch den IB in seinen ersten Jahren, von welchen Zielen und Strategien wurden sie geleitet und wie gestalteten sie die Praxis der sozialen Arbeit, den Auf- und Ausbau der ersten Einrichtungen des IB? Diese Fragestellungen stehen hier im Mittelpunkt.

Das vierte Kapitel skizziert den Weg des IB zum bundesweiten Träger. Im Jahre 1952 erhält der IB auch offiziell den Untertitel „Jugendsozialwerk“; mit einer Vereinsreform bereitet er sich auf den bundesweiten Ausbau vor. Der Ausbau selbst, der bis Ende der 1950er Jahre acht von elf Bundesländern umfassen wird, wurde gesellschaftspolitisch sowohl durch die wachsende Zuwanderung (zunächst von DDR-Flüchtlingen, dann von Arbeitsmigranten) als auch durch den wachsenden Arbeitskräftemangel in den Industrie-Metropolen (Wirtschaftswunder) entscheidend beeinflusst. Wie der IB diese Herausforderungen für seinen Ausbau nutzte und gestaltete, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Ein umfangreiches Portfolio mit vielfältigen Leistungen der Bildung und sozialen Arbeit, zunehmend auch an einheimische Jugendliche und junge Erwachsene gerichtet, steht am Ende des Gründungsprozesses des IB. Ein Überblick über die sich am Ende der Gründungsjahre differenzierenden Angebote für unterschiedliche Zielgruppen, ein Blick auf die sich vergrößernde und verändernde Mitarbeiterschaft und einige Bemerkungen zum Wandlungsprozess von einem, eher vom Selbsthilfe-Gedanken geprägten Verein hin zu einem bundesweit tätigen Träger und Betrieb schließen die Dokumentation ab.

„Wir stellen uns unserer Geschichte“ – mit dieser Botschaft erläutern die Präsidentin des IB, Petra Merkel, und der Vorstandsvorsitzende Thiemo Fojkar im Anschluss ihre Haltung zur Gründungsgeschichte des IB.

Fünf wissenschaftliche Expertisen vertiefen die Publikation und befassen sich mit den wichtigsten zeitgeschichtlichen Phänomenen, welche die Gründungsgeschichte des IB maßgeblich beeinflusst haben:

Benno Hafenecker skizziert die Entwicklung und Struktur der Hitlerjugend, befasst sich mit ihren Aktivitäten und Erziehungsmitteln, analysiert die professionelle Ausbildung der Jugendführer im Nationalsozialismus und konkretisiert damit die Herkunft eines großen Teils der ersten Mitarbeiter des IB.

Jacqueline Plum geht auf die Ideen, Konzepte und Aktivitäten der Französischen Kulturpolitik in der Besatzungszeit ein und fundiert damit die Haltung und das Vorgehen der Französischen Alliierten – und damit auch des Französischen Jugendoffiziers und Initiators des IB, Henri Humblot – im Kontext der Gründung des IB.

Die Jugendnot in der Nachkriegszeit und ein ausführlicher Blick auf die Verfasstheit der Jugend bis in die 1950er Jahre ist Gegenstand der folgenden Expertise von Benno Hafenecker, der damit einen zentralen Auslöser der Gründung des IB untersucht.

Kerstin von Lingen befasst sich in ihrem Beitrag „Ein Experiment unter dem Schutz der Besatzungsmacht“ auf Basis generationsgeschichtlicher Quellen mit der Beteiligung von ehemaligen HJ-Funktionären am Aufbau des IB, geht Fragen zur Selbstreflexion der ersten Mitarbeiter und zu möglichen inhaltlichen und/oder formalen Kontinuitäten ihrer Arbeit nach.

Reiner Becker untersucht unter dem Titel „Wir sind zu ganz wesentlichen Teilen das, was wir erinnern und vergessen“ die Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in der Bundesrepublik und gibt damit auch Aufschluss über den bisherigen Umgang des IB mit Teilen seiner Gründungsgeschichte.

Ein Anhang mit den Gremien- und Mandatsträger/-innen des IB, vor allem in seinen Anfängen sowie mit Kurzbiografien ausgewählter erster Akteure des IB schließt das Buch ab.

1 Die Vorgeschichte in der Besatzungszeit

Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg; mit insgesamt 60 bis 70 Millionen Opfern war der nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungskrieg die Tragödie Europas im 20. Jahrhundert. Sechs Millionen europäische Juden waren dem Rassenwahn der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen, jüdisches Leben war in weiten Teilen Europas ausgelöscht. Als Folge des Zweiten Weltkriegs veränderte sich das Gesicht Europas völlig.

Die Geschichte des IB beginnt in der Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus hatten die vier Siegermächte, USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen. Das ehemalige Deutsche Reich wurde 1945 von den Alliierten in vier unterschiedlich große Besatzungszonen aufgeteilt; die Gründungsgeschichte des IB führt uns in die französische Besatzungszone. Sie lag im äußersten Südwesten Deutschlands an der Grenze zu Frankreich und war sowohl von der Fläche als auch mit knapp sechs Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern die kleinste Besatzungszone. Zur französischen Besatzungszone¹ gehörte das Land Württemberg-Hohenzollern (zunächst Süd-Württemberg genannt) mit der Hauptstadt Tübingen, in der dann am 11. Januar 1949 der IB gegründet werden sollte.

In Tübingen war der Krieg am 19. April 1945 „morgens um sieben Uhr zu Ende“, die Besetzung der Universitätsstadt dauerte kaum eineinhalb Stunden und erfolgte kampflos. Die alten Machthaber hatten sich abgesetzt und bereits um 8.30 Uhr übergab der stellvertretende Oberbürgermeister die Stadt in die Hände der Befreier und neuen Besatzungsmacht. Nach wenigen Tagen, so der Stadtarchivar von Tübingen, war wieder Ordnung ins öffentliche Leben gekommen. Ab Juni 1945 wurde Viktor Renner Oberbürgermeister der Stadt und zum unmittelbaren Befehlsempfänger des französischen Ortskommandanten.²



Deutschland in Trümmern

Im Juli 1945 etablierte sich die französische Militärregierung für das Land Württemberg-Hohenzollern im vom Krieg nahezu unzerstörten Tübingen. Zur französischen Militärregierung gehörte die Abteilung „Jeunesse et sports“³ (Jugend und Sport), die in der Gründungsgeschichte des IB eine zentrale Rolle spielen sollte. Im Land Württemberg-Hohenzollern war der sozialistisch orientierte agrégé d'allemand⁴ Henri Humblot für diesen Teil der Besatzungspolitik zuständig (vgl. Plum 2005, 47).

Im Oktober 1945 wurde in Tübingen eine der ersten deutschen Landesverwaltungen von der französischen Besatzungsmacht eingesetzt; es war das „Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern“, dessen zentrale Person Carlo Schmid wurde, der auch die Bereiche Justiz, Kultus, Erziehung und Kunst in der Landesverwaltung übernahm.



Deutschland 1945, aufgeteilt in vier Besatzungszonen; im äußersten Südwesten die französische Besatzungszone.

In diesen Monaten, unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, waren auf den Landstraßen der Westzonen „zehn Millionen Menschen, vielleicht mehr, vielleicht weniger unterwegs, Häftlinge in gestreiften Anzügen der Konzentrationslager, Stadtbewohner aus ihren zerbombten Wohnungen, Heimkehrer und Flüchtlinge aus dem Osten, Zwangsarbeiter aus Polen, der Sowjetunion, Frankreich oder Italien. Auf der Suche nach Verwandten und Überlebenden, nach dem Zuhause. Auf der Flucht vor russischen Soldaten. Oder vor ihrer Vergangenheit“ (Spörl 2015, 47).

Zwei Gruppen dieser, in vielfacher Hinsicht „heimatlosen“ Menschen, für die diese Monate und ersten Jahre nach dem 8. Mai 1945 existenzielle Krisen- und Wendepunkte waren, hatten für die Gründung des IB eine besondere Bedeutung. Das waren zum einen Hunderttausende von einheimischen und ortsfremden Jugendlichen, die



Jugendliche auf der Landstraße nach 1945

berufs- und heimatlos durch die zerstörten Städte und Dörfer in den Westzonen vagabundierten. Nicht wenige waren traumatisiert: Vom Krieg, in den sie kurz vor der Niederlage, als 15-, 16- oder 17-Jährige noch geschickt worden waren, vom Bombenhagel in den Städten, auf der Flucht, häufig ohne Vater und Mutter in Trümmern lebend.

Diese Jugendlichen hatten, je nach Jahrgang, bis zum Kriegsende eine oft lückenlose nationalsozialistische Sozialisation erfahren. Die Jugendlichen des Jahrgangs 1927 zum Beispiel waren 1944 von der HJ als „typisch nationalsozialistischer Jahrgang“ gefeiert worden; sie waren 1933 eingeschult worden und hatten eine komplette, fast acht Jahre währende HJ-Erziehung genossen (vgl. Buddrus 2003, 221). Unter dem Titel „Jugendnot – Ein Lagebild über die Nachkriegszeit und erste Hälfte der 1950er Jahre“ geht Benno Hafenegger in diesem Band ausführlich auf dieses Thema ein.

Eine weitere Gruppe, die in den ersten Monaten nach dem Krieg auf den Landstraßen unterwegs war, waren ehemalige Funktionäre des nationalsozialistischen Machtapparats, darunter die der Hitlerjugend (HJ). Unmittelbar nach Kriegsende hatten die Besatzungsmächte gemeinsam dafür gesorgt, dass alle nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst und verboten wurden. Das Staats- und Rechtssystem war aufgelöst und alle Personen, die ein höherrangiges Amt während des Nationalsozialismus innehatten, wurden verhaftet bzw. mit Haftbefehl gesucht. Dies betraf zunächst auch die HJ und ihre Funktionäre. Je höherrangiger ihre Funktion während des Nationalsozialismus gewesen war, desto mehr fürchteten sie ihre Verhaftung. Viele waren in der Illegalität unterwegs, „mit falschen Papieren gingen sie auf die Landstraße, zwischen die Vagabundenjugend, schliefen in Scheunen und Bunkern, trampften auf Autos und Zügen“ (Der Spiegel 1949, 02.04., 4). Sie suchten ihre Familien, ihre alten Netzwerke und auch Möglichkeiten, einer Verhaftung zu entkommen. Zu dieser Gruppe gehörte Heinrich Hartmann, der von 1935 bis 1945 Hauptreferent bzw. Leiter der Hauptabteilung „Bildende Kunst“ in der Reichsjugendführung der HJ war (vgl. Buddrus 2003, 1151). Er äußerte in diesen Monaten Anfang 1946 bei Treffen mit den anderen HJ-Funktionären „in den Straßengraben“ die Überzeugung, dass man einen offenen Schritt in die Legalität bei Politikern und Besatzung wagen müsse. „Einer muss über die Klinge springen. Wir müssen Vertrauen haben, um Vertrauen zu gewinnen. Ich werde zu Carlo Schmid gehen“, so habe sich Hartmann laut „Spiegel“ 1946 geäußert (Der Spiegel 1949, 02.04., 4).



Jugendnot nach dem Zweiten Weltkrieg

Hintergründe, Motive und Interessen der drei Initiatoren

„Eines Tages meldete meine Sekretärin einen Herrn Heinrich Hartmann, der mich persönlich sprechen wollte“, so Schmid im Manuskript seiner Erinnerungen.⁵ Schmid war gesprächsbereit. Statt Hartmann zu verhaften, wozu er nach den Entnazifizierungsbestimmungen verpflichtet gewesen wäre, brachte er den ehemaligen HJ-Führer nach einem ersten Gespräch noch am gleichen Tag mit dem französischen Jugendoffizier Henri Humblot zusammen. Humblot erinnert sich: „Im März 1946 bekam ich einen damals fast undenkbaren Besuch. Auf vorsichtiges Fragen hatte ich mich bereit erklärt, einen früheren Hauptverantwortlichen der Hitlerjugend zu Hause zu empfangen und auch für freies Aussprechen und Davongehen gebürgt. Das Gespräch, an dem nur meine engste Mitarbeiterin teilnahm, ging die ganze Nacht hindurch. Wir wussten alle drei, dass etwas Bedeutendes im Spiele war“ (Humblot 1965, 712).

Mit diesen Treffen im März 1946 begann die Kommunikation zwischen Humblot, Schmid und Hartmann, die als ein Teil der Gründungsgeschichte des IB gewertet werden kann, die dann in der Gründung des „Internationalen Bundes für Kultur- und Sozialarbeit“ am 11. Januar 1949 in Tübingen mündete. In verschiedenen Beiträgen, Aufsätzen und Reden ist diese Gründungsgeschichte immer wieder aus den Perspektiven der jeweiligen Akteure und Berichterstatter nachgezeichnet worden und soll in diesem Kapitel mit neuem Quellenmaterial dokumentiert und diskutiert werden.

Henri Humblot und die französische Jugendpolitik

Als Germanist und Pädagoge und ohne militärische Berufsbiografie unterschied sich Henri Humblot in seinem Selbstverständnis und in seinen Zielen von vielen seiner Kollegen in der französischen Besatzungsarmee und Administration in Deutschland. Hierzu trugen, so seine Tochter im Rückblick⁹, sicherlich auch seine Kenntnisse der deutschen Sprache und seine Freundschaften mit Deutschen bei. Durch die Aufenthalte im Vorkriegs-Deutschland hatte Humblot,

Henri Humblot

Henri Humblot, geboren im März 1916, war noch nicht 30 Jahre alt, als er im August 1945 seine Tätigkeit als Jugendoffizier, als „Chef de la Section Jeunesse et Sports“ in der französischen Besatzungszone in Tübingen aufnahm. Er hatte in Nancy Germanistik studiert und sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg mehrmals in Deutschland aufgehalten:

„Als junger, von der Universität frisch geschliffener agrégé d'allemand machte ich schon ab 1933 die Bekanntschaft des nationalsozialistischen Deutschland durch Studienaufenthalte, zunächst in Württemberg, später in München, Köln, Freiburg, dann ein Jahr lang als Assistent an der Oberrealschule in Hannover. Später war ich Lehrer in Paris, wo ich auch einberufen wurde“ (Humblot 1984, 43).

Als Leutnant in der französischen Armee geriet Humblot im Juni 1940 in deutsche Kriegsgefangenschaft, konnte wenig später fliehen und verbarg sich in den Vogesen. Er war dort als Hilfslehrer tätig und wurde 1942 offiziell wieder als Lehrer eingestellt. Humblot setzte sein Studium der Germanistik an der Sorbonne in Paris fort und wurde im Januar 1945 als Reserveoffizier erneut einberufen, um schließlich als Jugendoffizier die Jugend- und Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Württemberg-Hohenzollern zu verantworten und zu gestalten. „Schließlich hatte ich 1945 das große Glück, einer kleinen, jungen und begeisterten Mannschaft, der älteste von uns war 32 Jahre alt, vorzustehen“ (Humblot 1984, 43).

Ab 1944 hatte Humblot, so wie die anderen Funktionsträger der französischen Besatzungsmacht, begonnen, sich im Rahmen von Lehrgängen auf die Aufgabe in Deutschland vorzubereiten. „Wir wurden kurzfristig in den Ausbildungskursen der AMFA⁶ geschult, wo wir allerlei hörten, Scharfblickendes und Einsichtsvolles manchmal, herkömmlich Traditionelles oft, und sogar Haarsträubendes. Bald hatten wir es eingesehen: Es gab noch keine französische Deutschlandpolitik“ (Humblot 1965, 712). Den ungenauen und auch



Henri Humblot (1916–1996)

unterschiedlichen Vorstellungen entsprechend waren die jugendpolitischen Richtlinien für die Besatzungspolitik so allgemein formuliert, dass sie einen großen Handlungsspielraum ermöglichten. Sie gaben die Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu nutzen und eigene Konzeptionen zu verwirklichen. Dies kam den Vorstellungen von Humblot entgegen, „denn wo alles noch im Nebel liegt, besteht Aussicht, seine eigenen Auffassungen zur Geltung zu bringen“ (Humblot 1965, 716).

Zu den Zielen der französischen Besatzungspolitik gehörte, das Aufleben der NS-Gesinnung und von nationalsozialistischen Jugendverbänden zu verhindern sowie die deutsche Jugend mit demokratischen Lebensformen vertraut zu machen. Dies wollte Humblot durch eine vertrauensvolle, möglichst wenig kontrollierende Jugendarbeit und durch Ermutigung zum Engagement erreichen. Ein wichtiges Instrument sah er in der Förderung internationaler Begegnungen, mit denen er jungen Deutschen die Möglichkeit bieten wollte, neue, antinationalistische und demokratische Erfahrungen zu machen.

Mit dem Ende des Besatzungsstatus im Jahr 1949 verließ Humblot Tübingen. Er wurde wieder Lehrer in Frankreich und leitete später, von 1975 bis 1979, das Lycéé Saint Louis in Paris. Von seiner Familie wurde er als überzeugter Sozialist, Humanist und Anti-Militarist charakterisiert, der sich sehr für die Völkerverständigung engagiert hatte.⁷ Nach Kriegsende habe sich Humblot in Frankreich als Mitglied der Ligue des Droits de l'homme und als Mitglied der Autonomen Sozialistischen Partei (PSA)⁸ in führender Position engagiert. Mitte der 1960er Jahre habe er sich dann aus der politischen Arbeit in Frankreich zurückgezogen. Bei der Generalversammlung des Internationalen Bundes 1956 in Frankfurt/Main wurde Humblot das erste Ehrenmitglied des Verbandes. Er wurde 1983 mit der Medaille der Universität Tübingen ausgezeichnet und bekam 1989 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Humblot starb im November 1996.

Die Frau von Henri Humblot, Françoise, geborene Poupard, hatte ebenfalls enge Bezüge nach Deutschland. Großvater und Vater von ihr hatten über mehrere Jahre in Deutschland gelebt, sie selbst hatte deshalb einen Teil ihrer Kindheit in Worms verbracht. Henri und Françoise hatten sich 1943 beim Studium der Germanistik an der Sorbonne kennengelernt. Als die französische Regierung 1945 Germanisten für den Einsatz in der Besatzungszone suchte, bewarb sich auch Françoise Poupard. Sie gehörte dann zum Stab von Humblot und nahm in dieser Funktion auch an den Gesprächen mit Hartmann teil.

wie er 1965 rückblickend schrieb, „einige Kenntnisse vom deutschen Leben und Wesen erworben“, hegte „reges Interesse für das deutsche Werden“ und hatte sich entschlossen, sich an dem Experiment des „zur Demokratie erwachenden Deutschlands“ zu beteiligen und ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen, das an Kant, Lessing, Goethe, Dürer und andere anknüpfen sollte (Humblot 1965, 712).

Darüber hinaus war Humblot offensichtlich jemand, der seine Meinung gerne offen und direkt artikulierte und sich nicht mit Kritik an der französischen Besatzungspolitik zurückhielt (vgl. Plum 2005, 78). Schon 1945 habe Humblot festgestellt, so seine Frau Françoise in einem Interview, dass die französische Armee kein Recht habe, auf deutschem Boden zu verweilen, wenn sie „in ihren Tornistern für die deutsche Jugend nicht mehr mitgebracht habe als Hunger und Umerziehungsansprüche.“⁴⁰ In diesem Sinne hätten Humblot und sein Team dann neue Wege beschritten. Auch wenn die Bestimmung der Mittel und Methoden ungenau gewesen sei, wäre die französische Militärregierung

„wenigstens hinsichtlich ihrer Ziele klar (gewesen): zum einen sollte durch Kontrolle und Anleitung das Über- und Wiederaufleben der Gesinnung nationalsozialistischer Jugendverbände verhindert werden, zum anderen sollte versucht werden, die deutsche Jugend zu demokratischen Lebensformen zurückzuführen“ (Humblot 1984, 46).

Da Humblot aus persönlicher und politischer Überzeugung eine große Abneigung gegen den polizeilichen Aspekt der Kontrolle und des Zwanges hatte, waren aufgrund der in der französischen Besatzungspolitik festgeschriebenen kontrollierenden Aufgaben Konflikte durchaus vorprogrammiert (vgl. Humblot 1984, 46).

Vier Kapitel seines „Erlebnisberichts aus den Jahren von 1945 bis 1949“ titelte Humblot mit den Worten „Kontrolle“, „Förderung der Volksbildungseinrichtungen“, „Die internationalen Begegnungen“, „Kontakte mit den untergetauchten HJ-Führern“ und benannte damit seine wichtigsten Themen und Schwerpunkte als Jugendoffizier (Humblot 1984, 43). Im Kapitel „Kontrolle“ verdeutlichte er unterschiedliche, teilweise sich widersprechende Vorstellungen innerhalb der französischen Jugendpolitik und benannte die Konfliktlinien: „Die einen befürworteten Verbote und Zwangsmaßnah-

men, ihr Handeln wurde von systematischem Argwohn bestimmt, wir dagegen wollten überzeugen und ermutigen, wir wollten den Menschen vertrauen und die Kontrolle ohne Engstirnigkeit, ohne unfreundlichen und kleinkrämerischen Beigeschmack“ ausüben (Humblot 1984, 49). Eine zentrale Kontroverse sei der Umgang mit der einfachen Zugehörigkeit von Jugendlichen zur Hitlerjugend gewesen. Während die Sicherheitsbehörden die Mitgliedschaft als „unentschuldbares Verbrechen“ werteten, habe er den Schwerpunkt darin gesehen, die Beziehungen zu den Jugendlichen nachsichtig und auf Grundlage gegenseitigen Vertrauens aufzubauen und sich in Konflikten entsprechend zu verhalten.

Als größte Herausforderung in der Jugendpolitik galt der Umgang mit dem jahrelangen und umfassenden Einfluss der Hitlerjugend und der nationalsozialistischen Erziehung bei den Kindern und Jugendlichen. Nach dem Verbot der Hitlerjugend sei bei den Jugendlichen eine Art Vakuum entstanden und die Ansprache der Jugend äußerst schwierig. Die Jugendlichen wurden nach dem Zusammenbruch der bisherigen Werte und vor einer unsicheren Zukunft stehend als ängstlich und irritiert wahrgenommen.¹¹ Vor allem die Gründung und Aktivierung von neuen, nichtkonfessionellen Jugendverbänden sei schwierig. Ihr stünden vor allem das Fehlen von „Chefs“ entgegen, denn diese seien zurzeit (weil als ehemalige Funktionäre der Hitlerjugend nicht amnestiert; d.Verf.) ausgeschaltet. Die Frage nach der Amnestierung von Jugendlichen war für Humblot in diesem Kontext entscheidend. Es sei auf Dauer unmöglich, so viele Jugendliche, „die betrogen wurden und eigentlich einem idealistischen Drange folgten, vom normalen Leben auszuschließen. Eine Entscheidung, die die meisten unter ihnen wieder normalen Lebensformen zuführt, war unverzüglich zu treffen“ (Humblot 1984, 48). Mit der Jugendamnestie hatte Humblot 1947 ein Thema aufgegriffen, das in dieser Zeit auch innerhalb der französischen Besatzungsmacht diskutiert wurde. Sorge bereitete auch hier der Mangel an Führungskräften in den neuen Jugendverbänden und für zu gründende Vereine und Zusammenschlüsse. Als Ursachen für den Mangel an Leitungskräften in den Jugendverbänden und Jugendgruppen galten eine generell geringe gesellschaftliche Aktivität und wenig politisches Interesse unter den Jugendlichen, aber auch, „dass viele junge Leute, die Ver-

antwortung hätten übernehmen können, aufgrund ihrer Rolle bei der HJ oder bei der Wehrmacht infolge der Denazifizierungsmaßnahmen von diesen Aufgaben ausgeschlossen blieben“ (Plum 2005, 78).

Eine Jugendamnestie¹² in der französischen Besatzungszone erfolgte dann schließlich im Mai 1947, nachdem sie in der englischen und in der amerikanischen Zone bereits seit 1946 galt.

Ein Schwerpunkt der Jugendpolitik von Humblot war die Förderung internationaler Begegnungen. Dies zeigte sich später auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Gründung des Internationalen Bundes. Durch offene Begegnungen mit Jugendlichen aus anderen europäischen Ländern, vor allem natürlich mit französischen Jugendlichen, wollte Humblot deutschen Jugendlichen eine offene Kommunikation und ein demokratisch geprägtes Miteinander ermöglichen. Mit dieser Variante der Umerziehung sollte alles vermieden werden, was man hätte „Gehirnwäsche“ nennen können (vgl. Humblot 1984, 51 f.).

Die hier skizzierten Ansätze verdeutlichen das Konzept und die Praxis von Humblot in der Jugendpolitik, wie sie sich auch in den Themen seiner Gespräche mit Hartmann wieder finden werden: Durch großes, möglichst vorbehaltloses Vertrauen, das auch eine „zweite Chance“ einschloss, wollte Humblot junge Deutsche nach dem Krieg ansprechen und zum Engagement bewegen. Durch internationale Begegnungen wollte er jungen Menschen die Chance geben, sich kulturell und intellektuell Europa gegenüber zu öffnen, um gemeinschaftsbildende, demokratische Erfahrungen zu machen.

Die Integrationspolitik von Carlo Schmid

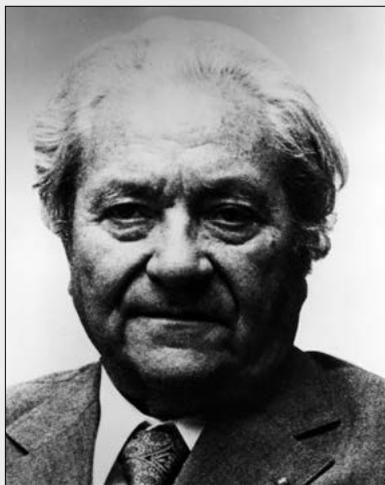
Die Biografie von Carlo Schmid ist vielfach beschrieben und besprochen worden (vgl. zum Beispiel Weber 1989). Sie soll deshalb hier nur knapp und in den für die Geschichte des IB besonders relevanten Sachverhalten wiedergegeben werden.

Herta Däubler-Gmelin, ehemalige Bundesjustizministerin und in den 1990er Jahren Vorstandsmitglied im IB, fasste ihren persönlichen Eindruck von Carlo Schmid in ihrer Festrede anlässlich des 60-jährigen Bestehens des IB im Jahr 2009 zusammen:

Carlo Schmid

Carlo Schmid wurde 1896 in Perpignan (Südfrankreich) geboren. Sein aus Württemberg stammender Vater arbeitet dort als Privatgelehrter und

Dozent, die Mutter, eine Lehrerin, war Französin. Schmid machte 1914 in Stuttgart, wo die Familie inzwischen lebte, Abitur. Von 1914 bis 1918 war er Soldat im Ersten Weltkrieg, danach absolvierte er ab 1919 ein Studium der Rechtswissenschaften, das er, inzwischen promoviert, 1924 beendete. Bis 1931 war er als Rechtsanwalt, Gerichtsassessor, Richter am Amtsgericht und schließlich als Landgerichtsrat in Tübingen tätig. Der Habilitation 1929 folgte die Tätigkeit als Privatdozent an der Universität Tübingen. 1931 und 1932 gründete und leitete er in Münsingen mehrere Veranstaltungen eines freiwilligen Arbeitsdienstes, in denen arbeitslose Jugendliche zusammen mit Studenten in einem Steinbruch arbeiteten und auch Bildungsarbeit gemeinsam gestalteten. Mit diesem volksbildnerischen



Carlo Schmid (1896–1979)

Konzept der Klassen und Schichten überwindenden politischen Erziehung verband Schmid die Hoffnung, nationalsozialistischen Einflüssen bei den Jugendlichen zu begegnen (vgl. Weber 1989, 80f.).

Im Jahr 1940 wurde Schmid zur Wehrmacht einberufen und bekam die Aufgabe, „das Justizreferat in der Militärverwaltung der Oberfeldkommandatur 670 in Lille zu verwalten. In seinen Verantwortungsbereich fiel die Überwachung der französischen Justizverwaltung und die Beratung des dortigen Oberfeldkommandanten in Fragen des Völkerrechts“ (Weber 1989, 126). Diese Tätigkeit als Kriegsverwaltungsrat nahm Schmid bis zum Ende der deutschen Besatzung Ende 1944 wahr. Ohne auf diese Tätigkeit Schmidts aufgrund der Quellenlage hier näher eingehen zu können, sei lediglich eine der wenigen, hierzu vorliegenden Aussagen zitiert: Der damalige Chef der französischen Sûreté Nationale¹³ Henri-Paul Eydoux stellte fest, dass nach umfangreichen Untersuchungen der Militärbehörden „nicht der Schatten

eines Verdachtes gegen den Vorsitzenden des Staatssekretariats in Tübingen“ (Henke 1981, 46) übrig blieb.

Zurückgekehrt nach Tübingen verbrachte Schmid die letzten Kriegstage in einer Hütte in der Nähe von Tübingen und wartete auf die Befreiung durch die Franzosen (vgl. Schmid 2008, 220).

Bereits in den ersten Besatzungstagen wurde Schmid im Tübinger Rathaus zu verschiedenen, zwischen Besatzern und Einheimischen strittigen Themen tätig. Auch zwischen der amerikanischen und französischen Besatzung Württembergs vermittelnd, brachte er sich vielfältig ein (vgl. Weber 1989, 220 f.). Mit seiner deutsch-französisch geprägten Biografie und seiner Zweisprachigkeit wurde er sowohl für die französischen als auch für die deutschen Behörden ein wichtiger Gesprächspartner und Verhandlungsführer. Carlo Schmid war außerdem unmittelbar nach Kriegsende an der Wiedereröffnung der Universität Tübingen am 20. August 1945 maßgeblich beteiligt. Bis zu den Landtagswahlen 1947 war er Präsident der provisorischen Regierung von Südwürttemberg, danach Justizminister und Stellvertretender Staatspräsident des Landes Württemberg-Hohenzollern. Als Vorsitzender des 1948 und 1949 tagenden Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates gilt Schmid als einer der Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Ihm wird zum Beispiel die Formulierung des Grundrechts „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, Artikel 16a (1) des Grundgesetzes zugeschrieben (vgl. Winkler 2016, in DIE ZEIT, 24.04.).

In den Jahren 1946 bis 1953 wirkte Schmid als Professor für Öffentliches Recht in Tübingen. Ab 1953 hatte er den Lehrstuhl für Politische Wissenschaften an der Universität in Frankfurt am Main inne.

Nach dem Krieg wurde Schmid Mitglied der SPD und seit Beginn dieser Mitgliedschaft hatte er innerparteilich und parlamentarisch sowohl auf Landes- als auch später auf Bundesebene viele Mandate und Führungsämter inne. Er war Mitglied des Landtages Württemberg-Hohenzollern, von 1949 bis 1972 Mitglied des deutschen Bundestages und insgesamt 20 Jahre dessen Vizepräsident. Bei der Wahl des Bundespräsidenten 1959 unterlag Schmid als Kandidat der SPD dem späteren Bundespräsidenten Heinrich Lübke (CDU). 1966 wurde er für drei Jahre Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder in der von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger

geführten Bundesregierung der Großen Koalition. Nach der Bundestagswahl 1969 schied Schmid aus der Bundesregierung aus.

Der Politiker Carlo Schmid war gleichzeitig der Kunst und Kultur verbunden und betätigte sich selber als Dichter. Er schrieb über Platon, Dante und Michelangelo und übersetzte Verse von Beaudelaire und Malraux (vgl. Schwarz 1989, 2).

Carlo Schmid bereitete mit vielen seiner Aktivitäten in Württemberg-Hohenzollern die Gründung des Internationalen Bundes vor, er gilt als einer seiner Initiatoren. Er war seit Konstituierung des IB-Bundeskuratoriums 1952 eines seiner Mitglieder und wurde 1969 zum zweiten Ehrenmitglied des IB ernannt. Ab 1970 war Carlo Schmid bis zu seinem Tod 1979 Vorsitzender des IB.

„Er gehörte zu den überragenden Persönlichkeiten meiner Jugend, nicht nur wegen seiner Rolle bei der Schaffung des Grundgesetzes – das ja wenige Monate nach der Gründung des IB auch verkündet werden konnte. Ich fühlte mich ihm immer schon deshalb verbunden, weil man ihn in Tübingen traf, ihm bei manchen Gelegenheiten fasziniert zuhören konnte – und weil man von den Erwachsenen hörte, wie viele hier in Tübingen Verbesserungen im Leben unter der französischen Besatzung auf seinen Einfluss zurückführten. Später als Jurastudentin hat er mir imponiert, weil er schon 1923 seine Doktorarbeit über Betriebsräte geschrieben hat, für Juristen damals ja ein geradezu anstößiges Thema, und weil er sich dann 1929 über die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes als Völkerrechtler habilitierte – damals in der Zeit des ständig wachsenden Nationalismus und der Nazis mit ihrer Ablehnung jeden internationalen Rechts ja ebenfalls etwas ganz Besonderes. Und imponiert hat mir auch, dass er schon 1931/32 versuchte, Menschen zusammenzubringen in freiwilligen Arbeitseinsätzen, junge Arbeitslose und Studenten, um ganz praktisch Jugendsozialarbeit zu leisten, sie mit politische Bildung zu verbinden und damit die Nazis ein Stück aufzuhalten. Damals ohne Erfolg, wie wir wissen.“⁴⁴

In seinen 1979 erstmals veröffentlichten Erinnerungen schilderte Schmid die „Aufbauphase des Landes Württemberg-Hohenzollern“ (Schmid 2008, 255) und sprach von der besonderen Sorge, die ihm das Schicksal der vielen tausend Jugendlichen bereitete, die vor

den Schrecken des Bombenkrieges in Jugendlagern untergebracht worden waren und nicht mehr nach Hause gefunden hatten. „Ihre Zahl war durch die aus den Ostprovinzen evakuierten Jugendlichen vergrößert worden, die vergeblich nach ihren inzwischen aus dem Osten vertriebenen Eltern suchten. Es fehlte an Menschen, die sich dieser Jugend hätten annehmen können“ (Schmid 2008, 257). Schmid fühlte sich als „Mentor der Jugend“ (Weber 1989, 239), was auch seine Haltung gegenüber früheren Anhängern der Hitlerjugend beeinflusste. Was sollte aus einer Generation werden, die nichts weiter kannte als die NS-Ideologie und nun völlig orientierungslos war? Für Schmid war das eine der wichtigsten Fragen der Nachkriegszeit.

Eine aktuelle Studie zur „SPD und die NS-Vergangenheit“ stellte diese Haltung in einen engen Zusammenhang mit der SPD-Politik nach dem Krieg insgesamt (vgl. Meyer 2015, 50 ff.). Kurt Schumacher¹⁵, Willy Brandt¹⁶ und Fritz Erler¹⁷ vor allem hätten sich nach 1945 für einen „großherzigen und weitherzigen“ Umgang der SPD (so Kurt Schumacher) mit der Jugend eingesetzt. Sie verdiene die Chance eines Neuanfangs, denn sie hätte nie etwas anderes als den Nationalsozialismus kennen gelernt und stünde jetzt vor dem materiellen und ideellen Nichts. Das besondere, wenn auch intern nicht unumstrittene, Interesse von Sozialdemokraten an den HJ-Funktionären, fand seinen Niederschlag auch in einer Reihe von örtlichen, aber auch überregionalen Ausspracheabenden und Gesprächskreisen zwischen Sozialdemokraten und ehemaligen HJ-Funktionären (Meyer 2015, 52 f.). Fritz Erler, der später auch im Vorfeld der IB-Gründung und als Mitglied des IB-Bundeskuratoriums engagiert war, begründete für sich dieses Interesse damit, dass er die Menschen bewunderte, die sich politisch engagierten, aus tiefer Überzeugung handelten und ihr treu blieben; die Passivität und Leidenschaftslosigkeit der Mitläufer und Opportunisten dagegen verachte er (wiedergegeben nach Meyer 2015, 53). Die Formel von den „irregeleiteten Idealisten“, die Kurt Schumacher mehrfach in Bezug auf die HJ-Funktionäre aufgegriff, entsprach auch Carlo Schmid's Haltung. So wandte sich Schmid zum Beispiel entschieden gegen den Ende 1945 zunächst erfolgten Ausschluss vom Hochschulstudium für alle jugendlichen NS-Funktionsträger durch die französische Militärregierung. Er vertrat die Überzeugung, „dass Jugendliche dieser Altersstufe nicht